

Die Idee des Grundeinkommens

Anstoß zu einer Revolution
der Sozialsysteme und ihrer Finanzierung

Von Christoph Strawe

In den letzten Jahren hat das Engagement für ein bedingungsloses Grundeinkommen als Alternative zum Sozialabbau in erfreulichem Maße zugenommen. Persönlichkeiten wie dem Unternehmer Götz Werner ist es gelungen, für diese Idee auch in den Medien ein unüberhörbares Echo hervorzurufen.

Die meisten Befürworter eines Grundeinkommens sehen in ihm eine Möglichkeit der Vereinfachung des heutigen durch zahllose Stützen, Umverteilungssysteme, Zuschüsse usw. gekennzeichneten Sozialsystems. Noch wichtiger erscheint jedoch der Gedanke, dass das Grundeinkommen eine befreiende Wirkung ausüben kann. Von einem authentischen bedingungslosen Grundeinkommen können wir in diesem Sinne nur dann sprechen, wenn die folgenden Merkmale gegeben sind: – der Bezug ist ein Bürgerrecht, – es gibt keine Bedürftigkeitsprüfung, – das Recht steht jedem individuell zu – d.h. Einkünfte von Familienangehörigen, Partnern usw. werden nicht angerechnet, – es gibt keinerlei Verpflichtung oder Zwang zur Arbeit. Selbstverständlich heißt Bedingungslosigkeit auch, dass es niemandem verwehrt sein kann, über das Grundeinkommen hinaus weiteres Einkommen zu erzielen.

Die Idee des Grundeinkommens stellt einen Paradigmenwechsel dar, der sich auf alle Elemente der bisherigen Sozialsysteme und ihrer Finanzierung auswirken wird. So ist die Idee Anstoß zu einer Revolution der sozialen Sicherungssysteme insgesamt. Neue Wege in der Alterssicherung, im Gesundheitswesen, im Umgang mit der sogenannten Arbeitslosigkeit werden möglich.

Der folgende Text ist eine Zusammenstellung einzelner Passagen aus einem Bericht von Christoph Strawe über ein Seminar zum Thema im Juli 2006 in Kassel und einem Beitrag, den Strawe für den Tagungsband „Karlsruher Symposium Grundeinkommen: bedingungslos“ geschrieben hat¹⁾. An einzelnen Stellen wurden die Lesbarkeit erleichternde Übergänge eingefügt bzw. kleine Änderungen vorgenommen.



Moderne Ökonomie und Einkommensfrage

Die moderne Wirtschaft ist durch die Arbeitsteilung geprägt und damit „Fremdversorgungswirtschaft“, beruht also eigentlich darauf, dass die Menschen lernen, nach dem Anderen und nicht nach dem eigenen Ego zu fragen; – und das zur gleichen Zeit, in der sie ihre geistige Selbständigkeit und Freiheit entwickeln und entwickeln müssen! Es geht darum, dass die Freiheitsentwicklung nicht im Egoismus und Materialismus stecken bleibt, sondern „Freiheit wozu“ entsteht: Freiheit als Verantwortungsprinzip, Freiheit, die die Nöte und Probleme des Anderen zum Motiv des eigenen Handelns macht. Die Auffassung, dass der wirtschaftende Mensch nur aus Eigennutz tätig werde, ist damit natürlich unvereinbar. Gerade diese Auffassung wird aber bis heute von zahlreichen Ökonomen vertreten und ist praktisch äußerst folgenreich geworden. Sie hat unter anderem dazu geführt, dass die Unternehmen als Orte, an denen geleistet wird und Einkommen entstehen, an denen sich Leistungsstrom und Bedürfnisstrom begegnen, ausschließliches und veräußerliches Eigentum der Kapitalgeber geworden sind. Unternehmen generieren Einnahmen aus ihren Leistungen, sie haben Ausgaben – für Vorleistungen anderer Unternehmen und anderes mehr. Die Erträge, die sie erwirtschaften, sind die Wertschöpfung, die unter anderem unter die Mitarbeitenden als Einkommen aufzuteilen wäre. Dadurch, dass das Kapital sie gewissermaßen mit einer nach außen abschließenden Haut umgibt, die Erträge ausschließlich dem Kapital zugerechnet werden, kommt es aber nicht zur Teilung. Die Löhne erscheinen als Kosten, als Abzüge vom Ertrag. Die Frage, wie sich Leistungs- und Bedürfnisstrom sozial begegnen können, kommt damit gar nicht zum Bewusstsein. Der Lohn wird aus einem Ertragsteil, der dem Mitarbeiter ermöglicht, für andere tätig zu sein, zum eigentlichen Motiv des Tätigwerdens: Arbeitsbezahlung statt Ertragsteilung. Damit verliert der Mensch sein soziales Motiv, wird im Egoismus wie festgebannt. Andererseits sind die Unternehmensverantwortlichen als Kostenverantwortliche gehalten, den Kosten-

faktor Arbeit zu senken. Werden Mitarbeiter entlassen, sinken zwar die betriebswirtschaftlichen Kosten. Allerdings verschwinden nicht die nun arbeitslosen Menschen. In einer auf Erwerbsarbeit beruhenden Gesellschaft heißt es für sie: Keine Arbeit, kein Lohn – kein Lohn, kein Leben.

Die Ökonomie, die früher die soziale Sicherheit trug, verliert – spätestens seit Beginn der 90er Jahre – ihre Sozialbindung. Es geht um Renditen als Selbstzweck, nicht mehr um Gewinn als Mittel realer wirtschaftlicher Leistungserstellung. Mit überhöhten Gewinnen müssen die Aktienkurse hochgehalten werden, damit das Unternehmen nicht von Konkurrenten geschluckt werden kann. Selbst wenn man von dem dadurch entstehenden zusätzlichen Druck auf die Arbeitsplätze einmal absieht: Allein die Tatsache, dass wachsende Produktivität die Vollversorgung der Gesellschaft sicherzustellen vermag, macht Vollbeschäftigung zur Illusion, an die bald nur noch neoliberal geprägte Politiker und Ökonomen glauben. Sicher: hier und da eröffnen sich auch neue Arbeitsfelder in der klassischen Erwerbsarbeitsphäre. Insgesamt aber gibt es in dieser Sphäre immer weniger zu tun, weil uns die Maschinen immer mehr abnehmen.

Grundeinkommen ermöglicht neue Arbeit

Die Tätigkeitsfelder, auf denen ein wachsender Bedarf entsteht, liegen dort, wo Erwerbseinkommen auf die traditionelle Weise nicht mehr entstehen: In der Nicht-Ökonomie, in neuen Feldern von Bildungs-, Umwelt-, Kultur-, Sozialarbeit usw. Damit erweist sich endgültig, dass der Arbeitsbegriff nicht auf Erwerbsarbeit reduzierbar ist. Wie aber verhalten wir Menschen zu dem Einkommen, dass es ihnen ermöglicht, dort tätig zu werden?

Umdenken ist angesagt, eine Revolution der Begriffe erforderlich. Leider zeigen Erfahrungen, dass dagegen gerade im Lager der Arbeitgeber und der Gewerkschaften >

größte Widerstände vorhanden sind. Doch davon dürfen wir uns nicht entmutigen lassen. Die Idee des Grundeinkommens ist eine Antwort auf Fragen, die nicht länger verdrängt werden können. Wo Lohn zu zahlen ist, bildet das Grundeinkommen einen Sockelanteil davon. Anders als bei den Lohnnebenkosten, bei denen leicht der – wenn auch falsche – Eindruck eines Abzugs vom Lohn, einer Einkommensminderung, entsteht, ist Grundeinkommen auf den ersten Blick als Einkommen erkennbar. Das schafft Klarheit und Transparenz. Es kommt zusammen, was vorher zusammenhanglos erschien: Lohn und Sozialleistungen. Es ist der Einstieg in eine grundlegende Umgestaltung der Verhältnisse, eine friedliche Revolution.

Wie ist die Finanzierung sozialer Sicherheit unter Globalisierungsbedingungen möglich?

Die Globalisierung führt dazu, dass die soziale Sicherung, die in Form von Lohnnebenkosten finanziert wird, zu einem Kostenfaktor wird, der Verzerrungen und Ungerechtigkeiten im globalen Wettbewerb erzeugt: Denn in unseren Exportpreisen exportieren wir unsere Sozialkosten in andere Länder – belasten diese also damit –, während umgekehrt die niedrigen Sozialkosten von Importländern zum Wettbewerbsvorteil auf unserem Markt werden. Anders gesagt: Mit zunehmender Globalisierung der Märkte konkurrieren tatsächlich Sozialversicherungssysteme der einzelnen Nationen über die Güterpreise miteinander. Das hat zur Folge, dass die Arbeitsplatzverlagerung forciert wird, um Märkte vom Ausland her mit geringeren Kosten bedienen zu können, als dies vom Inland her möglich ist. Aus dieser Problematik erwächst der Druck auf die Sozialsysteme in den Ländern des Nordens. Auf der anderen Seite können unter solchen Bedingungen die Länder des Südens keine wirkungsvollen Sozialsysteme aufbauen, ohne Wettbewerbsvorteile zu verlieren. So kann letztlich eine Gesellschaft nicht mehr demokratisch entscheiden, welches Maß an sozialer Sicherheit sie haben möchte, Sozialabbau erscheint als nicht veränderbarer, globalisierungsbedingter Sachzwang.

Der Ausweg aus dem Dilemma ist ein neugestalteter verbrauchsorientierter Sozialausgleich, der es ermöglicht, die soziale Sicherheit wettbewerbsneutral zu gestalten und damit der Globalisierungsfalle zu entfliehen. Technisch entspricht ein solcher Sozialausgleich der Mehrwertsteuer:

seine Erhebung erfolgt als Netto-Allphasen-Belastung der Wertschöpfung auf den einzelnen Stufen. Die Endverbraucher leisten also beim Erwerb von Waren und Dienstleistungen einen Beitrag zur sozialen Sicherung. Nach einer durch viele Berechnungen von Wirtschaftsinstituten erhärteten Formel entsprechen dabei 1% Lohnnebenkosten 1% mehrwertsteuerartiger Belastung. Es handelt sich also insoweit um eine reine Umfinanzierung, die prinzipiell nicht zu höheren Preisen führt. Das bedeutet, dass die Unternehmen die Entlastung von den Lohnnebenkosten als Preissenkungen weitergeben, so dass der Sozialausgleich auf die gesenkten Preise aufgesetzt werden kann, – also nicht zu Preiserhöhungen führt. Außerdem dürfen die Gewerkschaften die Umstellung nicht zum Anlass kompensierender Lohnforderungen nehmen; auch Weiterverarbeiter und Handel dürfen die Situation nicht zu Preiserhöhungen nutzen. Es wird also nicht ohne einen gesamtgesellschaftlichen Konsens gehen, einen Sozialpakt, in den alle beteiligten Gruppen eingebunden werden! Die Erfahrungen bei der Umstellung von der D-Mark auf den Euro zeigen, dass es eines kontrollierten Übergangs bedarf.

Zu Recht wird darauf aufmerksam gemacht, dass auch heute bereits alle Kosten der Unternehmen, zu denen eben auch Lohnnebenkosten, Steuern usw. gehören, in die Preise einkalkuliert werden. Prinzipiell gilt daher die Argumentation von Götz Werner und Mitarbeitern, dass die mehrwertsteuerartige Umfinanzierung der gesamten bereits heute finanzierten Staatsquote in Deutschland, also desjenigen Teil des Bruttonationaleinkommens, der für Steuern und Sozialtransfers verwendet wird, nur zu einer anderen Zusammensetzung der Preise, nicht jedoch zu ihrer Erhöhung führen müsste, da die Staatsquote heute bereits in den Preisen steckt, nur eben tief verborgen. (Die Staatsquote lag 2004 bei 47,5%, d.h. bei etwas über 1.011 Mrd. EUR.)

Letztlich führt der Sozialausgleich dazu, dass im Produktpreis jeweils die Sozialstandards des Verbrauchslands enthalten sind. Ein Export von Sozialkosten würde nicht mehr stattfinden, und je mehr sich nach und nach alle Länder dem Verfahren anschließen, würde es ein Beitrag zu weltweit gerechten Verhältnissen sein. Denn für Entwicklungsländer würde sich die Möglichkeit eröffnen, überhaupt Sozialsysteme aufzubauen. Am Ende würde also ein neues Gleichgewicht stehen, von der schrittweisen Entla-



GRUND VERSORUNG

stung unserer Exporte könnten dann Länder des Südens, in die wir exportieren, als Entwicklungsbeitrag profitieren: Der dort erhobene Sozialausgleich würde als Kaufkraft dort verbleiben, während – bei gleichem Produktpreis – die in den importierten Waren enthaltenen Sozialkostenanteile der Importländer heute in diese Ländern zurückfließen.

In die gleiche Richtung argumentieren auch Götz Werner und Benediktus Hardorp, wobei sie allerdings nicht einen mehrwertsteuerartigen Sozialausgleich, sondern die Mehrwertsteuer selbst benutzen wollen. Vorgeschlagen wird die Umgestaltung nicht nur der Sozialabgaben, sondern des gesamten Steuersystems im Sinne einer Verbrauchsbesteuerung, wobei die bisher einkommensorientierten Steuern Schritt für Schritt gesenkt werden sollen und die verbrauchsorientierte Besteuerung (Mehrwertsteuer) Schritt für Schritt angehoben werden soll.

Reicht die bisherige Mehrwertsteuer als Instrument aus?

Der steuersystematische Grundgedanke dabei – nämlich nicht die Leistung, sondern die Leistungsentnahme, die Inanspruchnahme des gesellschaftlichen Reichtums, zu besteuern – ist vollkommen richtig. Es fragt sich jedoch, ob hierfür nicht letztlich eine Besteuerungsform nötig wäre, die zwar wie die gegenwärtige Mehrwertsteuer wirkt, aber auf Leistungsentnahmen ausgeweitet wird, die von dieser bisher nicht betroffen werden.

Kann es wirklich richtig sein, leistungslose Einkommen – z.B. aus Geldvermögen, Immobilien- und Aktienbesitz – Einkommen gleichzusetzen, die entstehen, weil etwas geleistet wurde?

Der Geldbesitzer sitzt nicht auf seinem Geld, sondern passt den für ihn günstigsten Zeitpunkt ab, es einzusetzen.

Er verfügt über den berühmten Liquiditätsvorteil des Geldes, der höchst real sein kann, wenn auch das Geld selber nur eine virtuelle Existenz fristet.

Sind tatsächlich alle Geldanlagen Realinvestitionen? Dann könnte man sagen: Wer in einer arbeitsteiligen Wirtschaft etwas real investiert, der schafft einen Nutzen für andere. Denn er muss etwas unternehmen, woran andere Bedarf haben, sonst würde sich seine Investition niemals rechnen. Wenn er viel Gewinn macht, investiert er in etwas, was neuen Nutzen stiftet, oder er wird zum Stifter und schenkt, was der Kultur und sozialen Anliegen zugute kommt und dieser Prozess darf durch das Steuersystem nicht behindert werden.

Jedoch: Wir nennen Investition heute auch, wenn wir ein Grundstück kaufen, mit dem einzigen Zweck zuzuwarten, bis sein Wert soweit gestiegen ist, dass es gewinnbringend veräußert werden kann. Dem Gewinn steht hier keine Leistung gegenüber, hingegen ermöglicht die „Verwarenförmigung“ des Bodens den Bodeneigentümern, einen Teil der Leistung anderer für sich in Anspruch zu nehmen. Ein Unternehmen finanziert sich bei der Emission der Aktien und investiert dieses Kapital real, sofern es nicht sogar einen Teil in neue Aktien umsetzt. Wer die Aktie dann an der Börse vom Erstbesitzer kauft, investiert nicht real, sondern spekuliert. Das Unternehmen muss ihm nicht nur die Dividende erwirtschaften, es muss auch Gewinne einfahren, die nicht realwirtschaftlich begründet sind, sondern den Aktienkurs hochhalten sollen, damit das Unternehmen nicht von anderen Spekulanten aufgekauft wird.

So kommt es zum schreienden Widerspruch zwischen zweistelligen Gewinnprognosen und gleichzeitiger Arbeitsplatzvernichtung, um jene Gewinne zum Wohle der Aktionäre durch Kostensenkung erzielen zu können. Während ein Kredit über den Kreditnehmer in der Zirkulationssphäre wirt- >



ZUKUNFT

schaftlicher Güter verbleibt, finanzieren Aktien Unternehmen nur bei der Emission, ansonsten sind sie diesem Umlauf und damit auch der normalen Konsumbesteuerung entzogen. Langfristig wird alles Konsum, aber kurzfristig und mittelfristig fehlt der auf diese Weise investierte Gewinn als Kredit oder als Schenkung. Wirtschaft, Kultur und Staat erleiden realen Mangel.

Geld- und Bodenfrage nicht ausblenden, aber auch nicht gegen das Grundeinkommen ausspielen

Gewiss hat Götz Werner Recht, wenn er darauf hinweist, dass die „Heuschrecken“ mit jenem Geld spekulieren, das kleine Leute durchaus aus Angst vor Einkommensverlust im Alter zum Beispiel einem Pensions- oder Immobilienfonds anvertraut haben. Das Sicherheitsgefühl, das durch ein bedingungsloses Grundeinkommen entstehen würde, so Werner, werde zu einem anderen Umgang mit Geld und damit dazu führen, dass solche Anlageformen tendenziell austrocknen. Das heißt, dass sich das vagabundierende Kapital, das heute selbst Investmentberatern Sorge bereitet, vermindern würde. Die Sorgen sind begründet, denn die Finanzmärkte sind zwar eine Art virtuelles Casino, aber leider wird der reale Reichtum der Nationen in ihm verwettet. Dass die Blase nicht platzt, hängt daran, dass immer neue Anlageformen geschaffen werden, die Gewinn versprechen. Denn würde all das vagabundierende Geld sich als reale Kaufkraft manifestieren, hätten wir nicht einen warmen Regen an Konsumsteuereinnahmen, sondern den globalen Crash.

Das Grundeinkommen selbst ist also durchaus ein Mittel gegen die genannten Übel! Und mit der Reduktion des Überangebotes an vagabundierendem Geld wird sich auch die Möglichkeit vergrößern, zu einer „organischen Geldordnung“ und einem sozialen und zugleich freiheitlichen Bodenrecht zu kommen. Es ist daher dogmatisch, die Notwendigkeit einer Reform der Geld- und Bodenordnung gegen die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen auszuspielen. Dennoch dürfen bei der Finanzierung des Grundeinkommens die angesprochenen Fragen einer Differenzierung

zwischen Kauf, Realinvestition und Schenkung einerseits und spekulativen Finanzkreisläufen andererseits nicht ausgeblendet werden.

Leisten für andere ohne Einkommenszwang?

Die sozialen Verhältnisse haben immer mit dem Verhalten der Menschen zu tun, also auch mit den Motiven und Empfindungen, die dem Verhalten zugrunde liegen. Die sozialtechnische Veränderung von Strukturen greift zu kurz, man darf nicht von den Menschen abstrahieren.

Seit Adam Smith predigen die Ökonomen, nur das Selbstinteresse sei der Motor der Wirtschaft. Nur durch das Wirken des Konkurrenzmechanismus, ohne Zutun eines sozialen Willens, könne der Egoismus in soziale Bahnen gelenkt werden. Gewiss ist der Egoismus ein notwendiger Durchgangspunkt in der Ichwerdung. Aber gerade in der Zeit, wo Individualisierung aufgipfelt, können wir nicht mehr darauf verzichten, nach dem anderen zu fragen. Die Moderne ist das Zeitalter der Individualisierung, aber auch das Zeitalter einer Ökonomie, die durch Fremdversorgung, also nicht die Sorge um das Selbst, sondern die für den Anderen objektiv bestimmt ist. Nur sind viele unserer gesellschaftlichen Einrichtungen noch im Sinne der Selbstversorgung strukturiert. Das führt zu Widersprüchen, die heute aufgelöst werden müssen.

Durch die Produktivitätsentwicklung wird die lebendige Arbeit gleichsam aufgesaugt und ein menschenarbeitsfreier Raum entsteht. Dieser Prozess verläuft heute nicht in gesunder Weise. Einmal gibt es Bereiche, in denen wir fragen müssen, ob alle Rationalisierungsprozesse, so wie sie heute verlaufen, berechtigt sind. Das gilt vor allem für die Landwirtschaft, bei der die Industrialisierung zu weit gegangen ist und zu Qualitätsverlusten und Schädigungen der Erde geführt hat. Katastrophal auch die Polarität zwischen Bedrückung durch Arbeitsverlust bei den einen und Arbeitsüberlast in einer hektischer und hitziger werdenden Arbeitsphäre bei den anderen. Aber richtig gelenkt, bietet der Prozess der Produktivitätsentwicklung befreiende Perspektiven.

Wir gewinnen gesellschaftliche freie Zeit, die genutzt werden kann für die Entwicklung des Einzelnen wie für die Arbeit auf neuen Tätigkeitsfeldern.

Aber diese befreienden Möglichkeiten werden nicht automatisch Wirklichkeit, auch nicht durch die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens. Wer sorgt dafür, dass dasjenige wirtschaftlich entsteht, dessen die Menschen bedürfen? Solange erst die Arbeit war und dann der Lohn, musste man sich darüber keine allzu großen Gedanken machen. Wenn wir Arbeit und Einkommen entkoppeln, werden wir mit der Motivfrage konfrontiert: was bewegt Menschen überhaupt, etwas zu tun? Freiheit, nicht wovon, aber wozu? – das Grundeinkommen stellt jeden vor diese Frage. Nicht weniger, sondern mehr Initiative und Leistungsbereitschaft ist gefordert. In dem Maße, in dem der Erwerbsarbeitszwang aufhört, wird das Interesse am anderen Menschen zum entscheidenden Leistungsmotiv. Auch wenn das Grundeinkommen dazu führen kann, dass Initiative nicht mehr wie heute gebremst wird: Nicht jeder wird dieses Interesse im gleichen Maße aufbringen können, viele werden es erst allmählich entwickeln müssen.

Dass die Einführung des Grundeinkommens zwangsläufig zu einer Konsumgesellschaft des totalen Hedonismus und der Unterhaltungssucht führen müsse, ist eine Unwahrheit. Dass es die Gefahr der Verstärkung einer konsumptiven Haltung bei vielen Menschen gibt, ist eine realistische Feststellung. Wer weiß sich selber ganz frei von der Neigung, den bequemen Weg zu gehen? – Dem muss bewusst entgegengearbeitet werden. So führt das Grundeinkommen zu kulturellen Entwicklungsnotwendigkeiten. Die Konsummentalität selbst, die Bedürfnissphäre, wird sich nach und nach verwandeln müssen. Dass das Grundeinkommen kultureller Kreativität die einkommensmäßige Unterlage gibt, kann diese Entwicklung wieder erleichtern. Zugleich fordert das Grundeinkommen eine Pflege der Zusammenarbeitsverhältnisse. Wirtschaft ist füreinander-Tätigsein. In diesem Sinne müssen auch die Einrichtungen – Eigentumsformen, Kooperationsformen – usw. im Wirtschaftsleben sich wandeln. Es wäre fatal, wenn die Grundeinkommensidee als Rückzugsidee aus der Ökonomie und nicht als Anstoß für ihre Veränderung und Vermenschlichung genommen würde. ■

1) Vergl. Christoph Strawe: Die Idee des Grundeinkommens, Anstoß zu einer Revolution der Sozialsysteme und ihrer Finanzierung. Mit Beiträgen von Udo Herrmannstorfer, Michael Ross, Harald Spehl und C. Strawe. In: Sozialimpulse – Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Heft 3/Sept. 06. Ferner C. Strawe: Überlegungen zur Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens. In: Götz W. Werner, André Presse (Hrsg.): Grundeinkommen und Konsumsteuer – Impulse für „Unternimm die Zukunft“. Tagungsband zum Karlsruher Symposium Grundeinkommen: „bedingungslos“. Universitätsverlag Karlsruhe 2007. In den angegebenen Quellen findet der Leser auch ausführlichere Begründungen für manches, was in der Zusammenstellung nur skizziert erscheinen mag. Weitere Informationen, auch zum Bezug der Zeitschrift Sozialimpulse, unter www.sozialimpulse.de.



ZITAT

„Unsere gegenwärtige Geldverfassung hat, wie wir distanziert bemerken, zur Folge, dass immer größere Kapitalmassen, anstatt real in die Produktion von Güter- und Dienstleistungen investiert zu werden, spekulativen ‚Investitionen‘ dienen. Wird mit diesem Finanzkapital spekuliert statt es real zu investieren, trägt es nicht zur Wertschöpfung bei. Hierdurch werden heute ‚Scheinwerte‘ vermehrt, obwohl sich – z.B. an der Beschaffenheit einer der Spekulation zugrundeliegenden Immobilie – durch das Auf und Ab ihrer Finanzbewertung real nichts ändert. An der Börse wird umverteilt aber es werden letztlich keine Werte geschaffen (nur etwa 2% des Handelsvolumens der Börse dienen der Kapitalaufnahme der Unternehmen); es kommt so zu einer Fehlakkumulation, die durch die dabei entstehenden Vermögensunterschiede an feudale Machtverhältnisse erinnert.

Würde das so akkumulierte Kapital investiv der Leistungserbringung für die Gesellschaft dienen, wäre das vielleicht noch zu rechtfertigen, wenngleich auch hier ein Überdenken unserer Eigentumsverfassung und ihrer Sozialverträglichkeit geboten erscheint. Fließt Geldkapital hingegen vornehmlich in die Spekulation, führt dies auf Dauer zu sozialer Erosion unserer Gesellschaft. Wie lässt sich diese Akkumulation oder Stauung des Geldes in den angesprochenen Spekulationskreisläufen verhindern oder zumindest auf ein nicht bedrohliches Maß reduzieren? Dieser Fragestellung ist Rudolf Steiner (1922) unter dem bildhaften Ausdruck vom ‚Altern des Geldes‘ in der Befassung mit Silvio Gesell nachgegangen.“

Götz Werner,
aus der Zeitung „Der Standard“, Österreich, <http://derstandard.at>

Zur Person:

Götz Werner wurde 1944 in Heidelberg geboren und ist Eigentümer der Drogeriemarkt-Kette dm. Zurzeit arbeiten bei dm in neun Ländern Europas mehr als 24.400 Menschen in ca. 1.720 Filialen. Götz Werner setzt sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein. Zum Thema verfasste er bereits mehrere Artikel und Bücher.